

Stadtverwaltung Weimar

Drucksachen-Nr.	2023/116/F
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Datum der Sitzung:	
Status der Sitzung:	
beantwortet durch:	Kommunalservice Stadtwerke Weimar, Umweltamt

- Es gilt das gesprochene Wort -

Biogasanlage für Weimar und die Region

Anfrage-/Antragstext:

Im Zusammenhang mit den Anträgen 2020/257/A "Zukunft der Bioabfallverwertung" und 2019/441/A "Zukünftige Behandlung des Weimarer Bio- und Grüngutes" (von der Verwaltung übernommen) fragt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Weimarer Stadtrat die Stadtverwaltung nach dem aktuellen Stand der Planung künftiger Bioabfallverwertung:

Frage 1: Welche Perspektiven bestehen für den Aufbau und Betrieb einer Biogasanlage in Weimar eingedenk der nunmehr veränderten geo- und energiepolitischen Rahmenbedingungen?

Antwort:

Nach Einschätzung unserer Fachbereiche ist in Weimar das Aufkommen an verwertbarem Bioabfall zu gering, als dass sich eine Investition in eine Biogasanlage rentieren würde. Auch die aktuellen Energiepreise und die zu erwartenden CO² - Preise ändern daran nichts.

Frage 2: Mit welchen Mitteln verfolgt die Stadtverwaltung die mehrfach geäußerte Strategie der interkommunalen Organisation einer Bioabfallverwertung mit anderen Thüringer Kommunen? Bitte genau aufführen: Welche Treffen fanden statt, welche Vereinbarungen existieren und welche Aktivitäten sind wann geplant?

Antwort:

Der Kommunalservice als zuständiger öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger verfolgt für die Bioabfallverwertung weiter die Empfehlungen, wie sie im GAVIA-Gutachten aus dem Jahr 2019 dargestellt worden sind:

- Weiterbetrieb der hoch effizienten Kompostanlage in Umpferstedt, solange wie rechtlich zulässig. (Nach Auskunft des zuständigen Landratsamtes Weimarer Land gibt es bislang keine rechtlichen Einwände gegen den Weiterbetrieb der Kompostanlage.)
- Im Fall von künftigen rechtlichen Einschränkungen bei der Bioabfallverwertung: Weiterbetrieb der Anlage in Umpferstedt als Anlage für Rasen- und Strauchschnitt und

Aussteuerung des Bioabfalls i.e.S (braune Tonne) in eine externe Biogasanlage.

Eine solche externe Anlage könnte von Privaten wie auch in interkommunaler Zusammenarbeit betrieben werden. Insoweit besteht weiterhin Offenheit für das letztgenannte Konzept, sofern sich gangbare Wege dazu aufzeigen.

Bislang scheiterten alle Überlegungen insbesondere an der fehlenden Verfügbarkeit einer geeigneten Liegenschaft, die sich im urbanen Raum nicht findet. Die Realisierung des Konzepts einer interkommunalen Biogasanlage hängt nach Einschätzung der Verwaltung daher im Wesentlichen davon ab, ob ein Landkreis aus eigenem Interesse heraus bereit wäre, die erforderlichen Flächen zur Verfügung zu stellen.

Frage 3: Aus welchen Gründen beteiligt sich die Stadt Weimar nicht am Forschungsprojekt "IRRMa – Entwicklung und Anwendung eines Interkommunalen Reststoff- und RecyclingManagementsystems" von Stadt Jena, Saale-Holzland-Kreis, das in der Antwort auf die Anfrage 2021/086/F „Stand der Zukünftigen Behandlung des Weimarer Bio- und Grüngutes“ noch als Handlungsperspektive angekündigt wird?

Antwort:

In der Beantwortung der DS 2021/086/F ist ausgeführt, dass „die Stadt Jena in Fortführung der bereits von der Stadt Weimar beauftragten Gutachten zur Bioabfallverwertung nun beim BMBF einen Förderantrag (Region innovativ – Kreislaufwirtschaft) zur Erstellung eines Konzeptes über die Zukunft der Bioabfallverwertung in interkommunaler Zusammenarbeit gestellt“ hat. Der Förderantrag ist auf die Situation der Stadt Jena zugeschnitten, deren vorhandene Entsorgungsstrukturen nicht mit Weimar vergleichbar sind.